



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 25. Mai 2011

## Aus Berlin

---

### Versorgungsgesetz steht kurz vor dem Durchbruch

In der Diskussion um das geplante Versorgungsgesetz haben sich Bund, Länder und die Fraktionen von CDU/CSU sowie FDP im Bundestag geeinigt. Dies teilte der Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz, Stefan Grüttner (CDU), am Mittwoch mit. „Die Länder haben wesentliche Forderungen nach mehr Einfluss auf die Bedarfsplanung durchsetzen können“, erklärte Grüttner. Künftig sollen dem für die Ärzteplanung zuständigen Gemeinsamen Bundesausschuss zwei Ländervertreter angehören. Bei Einzelverträgen zwischen Krankenkassen und Ärzten sollen die Länder Beteiligungsrechte erhalten. Ziel sei es, dem drohenden Ärztemangel regionaler und effektiver entgegenwirken zu können. Am Abend wollen die Fachpolitiker weitere Details des Gesetzes diskutieren. (Agenturmeldung, 25. Mai)

### Strafmöglichkeiten für Kassenchefs sollen verschärft werden – Union streitet über Reform

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) will die Strafmöglichkeiten für Krankenkassenchefs verschärfen. Er plant, dass das Bundesversicherungsamt gegen Vorstände der Kassen Geldstrafen verhängen kann, wenn diese Versicherte abweisen. In schwerwiegenden Fällen soll sogar ein Amtsenthebungsverfahren gegen Vorstände eingeleitet werden können. Die schwarz-gelbe Regierung arbeitet momentan an einer entsprechenden Gesetzesänderung, die im Zuge des Versorgungsgesetzes am ersten Januar 2012 in Kraft treten könnte.

Hintergrund der Maßnahme ist, dass sich viele gesetzliche Krankenkassen weigern, Versicherte der bankrotten City BKK aufzunehmen. Laut Gesetz sind Kassen jedoch zu einer Aufnahme verpflichtet. Bahr plant auch, dass Krankenkassen im Fall einer Schließung ihren Versicherten eine Liste mit anderen Kassen zukommen lassen müssen, in die sie eintreten könnten. Versicherte sollen eine Kasse ankreuzen, die alte Krankenkasse soll sich um den Wechsel kümmern.

Max Straubinger, der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, machte den Gesundheitsfonds für die Probleme mit der City BKK verantwortlich. Auslöser sei „ein falscher Wettbewerbsgedanke“, so Straubinger in einem Brief an Bahr. Es sei besser, den Krankenkassen ihre Finanzhoheit zurückzugeben und den Gesundheitsfonds abzuschaffen. Straubinger erntete daraufhin Kritik aus den eigenen Reihen. Die Union stehe „zum Fonds, zu den Zusatzbeiträgen und auch dazu, dass Kassen insolvent gehen können“, sagte Jens Spahn (CDU), der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. (Financial Times Deutschland, 24. Mai; Handelsblatt, 24. Mai; [Die Welt, 24. Mai](#))

### Ilka wird Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium

Thomas Ilka wird der neue beamtete Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium. Er tritt somit die Nachfolge Stefan Kapferers an, der dem ehemaligen Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) ins Wirtschaftsministerium folgen soll. Ilka ist derzeit in Brüssel bei der Deutschen Industrie und Handelskammer tätig. Der 46-Jährige ist dort Bereichsleiter für die Fachgebiete Europa, Umwelt und Energie. ([Handelsblatt, 24. Mai](#))

### Petition zum besseren Datenschutz der Privaten Krankenversicherung eingereicht

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat mehr Datenschutz bei der privaten Krankenversicherung gefordert. Eine entsprechende Petition soll dem Bundesfinanzministerium, dem Bundesgesundheitsministerium, dem Bundesinnenministerium sowie dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit übergeben werden.

Die Abgeordneten des Ausschusses bemängeln, dass private Krankenversicherungen (PKV) bei der Abrechnung psychotherapeutischer Leistungen persönliche Daten des Versicherten weitergeben würden, obwohl dies für die Abrechnungen nicht erforderlich sei. Der Petent fordert, dass die PKV ein gleichwertiges Verfahren wie das der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einführen sollte. In der GKV seien die hochsensiblen Patientendaten durch entsprechende Regelungen besser geschützt. ([Heute im Bundestag, 25. Mai](#))

## Aus KBV und KVen

---

### Elektronische Gesundheitskarte: Schwachstelle in Kartenterminals sofort schließen

Bei Routineuntersuchungen ist eine Schwachstelle in der Software der aktuell verwendeten eHealth-BCS-Terminals der neuen elektronischen Gesundheitskarte (eGK) festgestellt worden. So ist es über die Schwachstelle für Hacker theoretisch möglich, von außen an die PIN des Arztes zu gelangen. Schaden könnte aber erst entstehen, wenn der Angreifer zusätzlich in den Besitz des Heilberufsausweises des Arztes gelangt. Die KBV, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), die Bundesärztekammer (BÄK) und die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) fordern von den Herstellern der Kartenterminals, diese Schwachstelle umgehend zu beheben. Den Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten sollen dadurch keine Zusatzkosten entstehen. Kann eine der beiden Bedingungen nicht erfüllt werden, wollen die vier Verbände einen Stopp des Basis-Rollouts der Terminals prüfen. Die Schwachstelle ist bislang folgenlos geblieben. Patientendaten sind nicht betroffen. ([Gemeinsame Pressemitteilung der KBV, KZBV, BÄK und BZÄK, 25. Mai](#))

### KV-on berichtet über Präventionsinitiative 2011 mit Schwerpunkt Impfen

Impfen ist das Thema der gemeinsamen Präventionsinitiative 2011 der KBV und der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen. Ziel ist es, die Akzeptanz von Schutzimpfungen in der Bevölkerung zu steigern und die Durchimpfungsraten zu erhöhen. KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller erklärt auf KV-on wie das Ziel erreicht werden soll. ([Videopodcast](#))

### KV-on: Impfschutz bei Masern

Die scheinbar harmlose Kinderkrankheit Masern kann einen tödlichen Verlauf nehmen. Obwohl die Impfung schon längst zu den Standardempfehlungen der Ständigen Impfkommision gehört, liegt Deutschland bei den Neuinfektionen europaweit an der Spitze. Eine besorgniserregende Entwicklung. Wie Ärzte dazu beitragen können, dass die Masern wirklich bald zur Geschichte gehören zeigt KV-on. ([Videopodcast](#))

### Zweite Schutzimpfung gegen Masern fehlt oft

Die zweite Immunisierung gegen Masern haben in Berlin nur 89 Prozent der Erstklässler. Die Quote der ersten Impfung liegt bei Einschulungskindern bei 95 Prozent. Die zweite Impfung dient dem Schließen von Immunitätslücken, da mit der ersten Impfung nur in 95 Prozent der Fälle eine Immunität erreicht wird. In Berlin sind seit Anfang April 57 neue Masernfälle gemeldet worden. Unter den Erkrankten sind in diesem Jahr auch viele Erwachsene. Deshalb ruft die Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin nach 1970 geborene Erwachsene auf, ihren Impfschutz zu überprüfen. Um auf die Bedeutung des Impfens aufmerksam zu machen, steht das Thema in diesem Jahr auch verstärkt im Fokus der Präventionsinitiative der KBV. Ziel ist es, die Akzeptanz von Schutzimpfungen in der Bevölkerung zu steigern und die Durchimpfungsraten zu erhöhen. Die KBV stellt Ärzten für ihre Patienten auf <http://www.kbv.de> eine Vielzahl an Dokumenten zum Thema Impfen zur Verfügung. ([Pressemitteilung der KV Berlin, 21. Mai](#))

### **Patienten werden in Berlin weiterhin wie gewohnt behandelt**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin und die Ärztekammer Berlin weisen darauf hin, dass Berliner Ärzte Patienten der am 30. Juni schließenden City BKK auch weiterhin in gewohntem Umfang behandeln. Die erbrachten Leistungen werden nach wie vor über die KV abgerechnet. Nach dem 1. Juli besteht mit einem gültigen Versicherungsnachweis innerhalb einer geregelten Frist ebenfalls ein Behandlungsanspruch zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung. In diesen Fällen wird eine private Rechnung ausgestellt, die beim Nachreichen des Versicherungsnachweises bis zum Quartalsende erstattet wird. ([Pressemitteilung der KV Berlin, 18. Mai](#))

## **Aus den Verbänden**

---

### **Umfrage zur Evaluation der ärztlichen Weiterbildung geplant**

Am 1. Juni startet die Bundesärztekammer (BÄK) eine Onlinebefragung von Praxisassistenten und weiterbildenden Ärzten zur Qualität der Weiterbildung. „Wenn wir die ärztliche Weiterbildung in Deutschland kontinuierlich verbessern wollen, müssen wir Klarheit darüber haben, wo es Probleme gibt und wie sie zu lösen sind“, begründete Dr. Franz-Joseph Bartmann von der BÄK die Umfrage. Ihre persönlichen Zugangsdaten für das Internetportal erhalten Weiterbildungsärzte von ihrer Ärztekammer.

Bereits 2009 hatte die BÄK eine Evaluation der Weiterbildung in Deutschland vorgenommen. Damals beteiligten sich bundesweit rund 30.000 Ärzte. Sie bewerteten die Weiterbildung über alle Fachgebiete hinweg mit einer Durchschnittsnote von 2,6. Kritik gab es wegen einer zu hohen Arbeitsbelastung, Bürokratie und Überstunden im Berufsalltag von Ärzten. ([Pressemitteilung der BÄK, 19. Mai](#))

### **Schiedsstelle für Krankenkassen und Pharmaunternehmen gegründet**

Krankenkassen und Pharmaunternehmen haben sich auf die personelle Besetzung einer im Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz vorgeschriebenen Schiedsstelle geeinigt. Unparteiischer Vorsitzender ist der ehemalige Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium (BMG) Dr. Manfred Zipperer. Seine Stellvertreter sind Gerhard Schulte, ehemaliger Vorsitzender des bayerischen Landesverbandes der Betriebskrankenkassen, sowie Erika Behnsen, ehemalige Referatsleiterin im BMG. Als Mitglieder gehören der Schiedsstelle an: Dr. Herbert Reichelt, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, und Dr. Jörg Ludwig Pfletschinger, der früher beim Schweizer Pharmahersteller Roche für das Aufgabengebiet Market Access verantwortlich war. Deren Stellvertreter sind Dr. Leonhard Hansen, Prof. Eckart Fiedler, Dr. Ottfried Zierenberg sowie Prof. Frank-Ulrich Fricke.

Zukünftig müssen Pharmaunternehmen mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Erstattungsbeträge für neue Arzneimittel auf der Grundlage eines durch den Gemeinsamen Bundesausschuss festgestellten Zusatznutzens aushandeln. Können sie sich nicht einigen, soll die Schiedsstelle den Betrag festsetzen. Die ersten Preisverhandlungen werden vermutlich im Januar 2012 beginnen. ([Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbands, Verbands der Arzneimittelhersteller, Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie, Verbands der forschenden Arzneimittelhersteller und pro Generika, 18. Mai](#))

### **G-BA erlaubt Kliniken ambulante CT/MRT-gestützte Schmerzbehandlung**

Künftig dürfen Krankenhäuser bei bestimmten Schmerzbehandlungen Computertomografien (CT) beziehungsweise Magnetresonanztomografien (MRT) ambulant zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung vornehmen. Das hat der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) beschlossen.

Betroffen sind beispielsweise Injektionen und Infusionen von schmerzlindernden Arzneimitteln, die unter Sichtkontrolle verabreicht werden müssen. In seinem Beschluss hat der GBA die Voraussetzungen festgelegt, die Krankenhäuser erfüllen müssen, damit sie derartige Leistungen

ambulant erbringen dürfen. Der Beschluss liegt derzeit dem Bundesgesundheitsministerium zur Prüfung vor. ([Pressemitteilung des GBA, 19. Mai](#))

### **Psychotherapeuten fordern strengere Auflagen für Glücksspielanbieter**

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) fordert strengere Auflagen für Glücksspielanbieter. Der Entwurf, den die Bundesländer für einen neuen Glücksspielstaatsvertrag vorgelegt haben, gehe nicht weit genug. Um das Suchtrisiko zu begrenzen, schlägt die BPtK ein komplettes Werbeverbot für Glücksspiele vor. Banken, die sich an Transaktionen im Rahmen von Internetglücksspielen beteiligen, sollten bestraft werden. Außerdem spricht sich der Verband dafür aus, dass auch zukünftig keine weiteren privaten Wettanbieter zugelassen werden.

Der Glücksspielstaatsvertragsentwurf sieht unter anderem vor, Betreibern von Spielhallen zu verbieten, am Eingang oder an der Fassade ihrer Standorte zu werben. Zudem wollen die Länder gegen Spielhallen vorgehen, die über mehrere Konzessionen verfügen. Nach Schätzungen der Drogenbeauftragten der Bundesregierung sind 400.000 Deutsche spielsüchtig. Als besonders suchgefährdend gelten Sportwetten im Internet sowie Glücksspielautomaten. ([Pressemitteilung der BPtK, 25. Mai](#))

## **Aus der Welt**

---

### **Weltgesundheitsversammlung verabschiedet Resolution zur Absicherung im Krankheitsfall**

Die Weltgesundheitsversammlung – das höchste Entscheidungsorgan der Weltgesundheitsorganisation (WHO) – hat die von Deutschland eingebrachte Resolution zur allgemeinen Absicherung im Krankheitsfall in Genf verabschiedet. „Der Zugang zu bezahlbarer Gesundheitsversorgung ist ein wirksamer Schutz vor Verarmung und gleichzeitig eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Frieden“, erklärte Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Jährlich im Mai kommt die Versammlung der 193 WHO-Mitgliedstaaten zusammen, um inhaltliche, organisatorische und finanzielle Zukunftsstrategien zu entwickeln und vorzunehmen. Dieses Jahr haben die Teilnehmer unter anderem eine neue Strategie im Kampf gegen Aids beschlossen. Diese sieht vor, in einem Zeitraum von fünf Jahren einen weltweiten Zugang zu Prävention und Behandlung der Krankheit zu schaffen, wie das Ärzteblatt berichtet. ([Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des BMG, 24. Mai](#); [Deutsches Ärzteblatt, 24. Mai](#))

## **Außerdem**

---

### **health care akademie bildet zum Gesundheitsmanager aus**

Die health care akademie in Düsseldorf hat ihren Managementkurs für neue Versorgungs- und Kooperationsformen im Gesundheitswesen neu aufgelegt. Ab Herbst 2011 führen erfahrene Ausbilder durch die vier Themenfelder Managed Care, Businessplan sowie Neue Kooperationsformen in Theorie und Praxis. Zudem bietet die Akademie den Teilnehmern interaktives Lernmaterial und verschiedene Exkursionen an. Kooperationspartner sind neben der Heinrich-Heine-Universität-Düsseldorf unter anderem auch die KBV, die Bundesärztekammer und der Hartmannbund.

Für den Kurs bewerben können sich Mitarbeiter des deutschen Gesundheitswesens auf allen Ebenen. Absolventen der health care akademie erhalten das Zertifikat „Manager für neue Versorgungs- und Kooperationsformen im Gesundheitswesen“. Die ärztlichen Teilnehmer bekommen 120 Fortbildungspunkte von der jeweiligen Landesärztekammer anerkannt. Weitere Informationen stehen unter [www.health-care-akademie.de](http://www.health-care-akademie.de) bereit. ([Presstext health care akademie, 23. Mai](#))

**KOMPAKT-Zahl der Woche: 1/3**

Jeder dritte Patient, der sich im vergangenen Jahr im EU-Ausland medizinisch behandeln ließ, hat gezielt außerhalb Deutschlands Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen. Das ergab eine Studie des Wissenschaftlichen Instituts für Nutzen und Effizienz im Gesundheitswesen der Techniker Krankenkasse (TK). Befragt wurden rund 40.000 TK-Versicherte mit mindestens einer Auslandsbehandlung im Jahr 2010. ([Deutsches Ärzteblatt, 23. Mai](#))

**Aus der Presse**

---

**IT-Vernetzung von Ärzten und Kliniken bringt Vorteile**

Zwischen dem ambulanten und stationären Sektor gebe es derzeit weder verbindliche Schnittstellen, noch einen strukturierten Datenaustausch. Statt einer flächendeckenden Vernetzung innerhalb der Sektoren und sektorenübergreifend seien Einzellösungen typisch. Darauf hat KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller auf dem Kongress „Medicine is electronic“ in München hingewiesen, berichtet die Ärzte Zeitung. „Die Nutzung moderner Informationstechnik hat sich in der medizinischen Versorgung bisher nicht durchgängig etabliert. Hohe Ansprüche an Datenschutz und Datensicherheit haben die Entwicklung verzögert“, so Müller. Entsprechend unterschiedlich sei der Markt für Arztsoftware. Derzeit gebe es etwa 170 Anbieter mit rund 210 verschiedenen Praxisverwaltungssystemen. „Einige Online-Initiativen der KBV und Kassenärztlichen Vereinigungen haben allerdings dazu beigetragen, Vorbehalte der Ärzteschaft gegenüber neuen Technologien deutlich abzubauen“, sagte Müller.

Möglichkeiten ergeben sich auch für die Qualitätsverbesserung. Bisher hätten die oft in Einzelpraxen niedergelassenen Ärzte kaum Zugang zu einer objektiven Bewertung der Qualität ihrer Leistungen. Elektronische Dokumentationen könnten es ermöglichen, vollständige Daten aus dem Versorgungsalltag zu liefern und diese mit bestimmten Kennzahlen vergleichbar zu machen, gibt die Zeitung Müller wieder. ([Ärzte Zeitung, 20. Mai](#))

**Aus dem Terminkalender**

---

- |          |  |
|----------|--|
| 26.05.11 | <a href="#">Werkstattgespräch der KBV-Vertragswerkstatt über AD(H)S und Essstörung</a><br>Berlin, 10.30 – 14 Uhr |
| 26.05.11 | <a href="#">Prävention in Lebenswelten - Was kann Psychotherapie leisten?</a><br>Berlin, 14 – 20 Uhr             |
| 28.05.11 | Vertreterversammlung der KV Hessen<br>Frankfurt, 10 Uhr  |
| 30.05.11 | Vertreterversammlung der KBV<br>Kiel, 10 Uhr   |
| 09.06.11 | Vertreterversammlung der KV Berlin<br>Berlin, 20 Uhr   |
| 15.06.11 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz<br>Mainz, 15.30 Uhr  |
| 16.06.11 | Vertreterversammlung der KV Hamburg<br>Hamburg, 20 Uhr   |

- 24.06.11      Vertreterversammlung der KV Brandenburg  
Potsdam, 15 Uhr
- 28.06.11      Vertreterversammlung der KV Mecklenburg-Vorpommern  
Rostock, 10.30 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: [agromes@kbv.de](mailto:agromes@kbv.de), [agraumann@kbv.de](mailto:agraumann@kbv.de), [hfuegemann@kbv.de](mailto:hfuegemann@kbv.de), [atietjen@kbv.de](mailto:atietjen@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>